Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes

Nr. 43 / 41. Jahrgang | Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 30 Pf. | Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brückenstraße 10b Fernsprecher: Moritzplatz 2120 | Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos | Berlin, 28. Oktober 1927

Die Wandlung im Handwerk.

Die technische Entwicklung hat sich als weitere Etappe ihres unaufhaltsamen Vordringens die Rationalisierung der gesamten Wirtschaft zum Ziele gesetzt. In der Großindustrie wurde im Verlauf der letzten Jahre die Umstellung in der Arbeitsmethode, die Umgruppierung des Maschinenparks, die rationelle Hand-in-Handarbeit, die bis ins Kleinste gehende, automatisch sich wiederholende Teilarbeit immer mehr verwirklicht. Das Schematische, Typische steht im Vordergrund und verdrängt das Individuelle. Die Auswirkungen finden wir nicht nur in der Industrie, sondern in der Landwirtschaft und naturgemäß auch im Handel und im Handwerk. Nicht nur die Erzeugnisse tragen immer mehr den Stempel der Massenfabrikation und der Normalisierung, sondern auch alle öffentliche Einrichtungen im Handel und Wandel unserer Tage werden davon betroffen. In den tausend Kleinigkeiten des täglichen Lebens spürt man den Rhythmus der Mechanik und dieser zwingt wiederum alles in seinen Bann. Revolutioniert das geistige Leben, formt neue ethische Werte, beeinflußt die Künste und schafft dem Geschmack, der Mode neue Gesetze.

Bei diesem Uebergang zeigen sich die verschiedensten Merkmale. Hochwertige Berufe mit vielseitigen Fachkenntnissen des einzelnen werden verdrängt. Ist es zunächst nicht die Maschine, so wirken Detailisierung und Spezialisierung auch immer mehr in den noch vorhandenen handwerklichen Berufen sich aus. Gleichwie, ob es sich um die Verdrängung hochqualifizierter Glasschleifer durch die Schleifmaschinenarbeit oder um den Niedergang in der Holzbildhauerei durch die moderne Geschmacksrichtung handelt. Im Grunde genommen immer derselbe Vorgang.

Ein gutes Beispiel geben unsere eigenen Berufe. Das Sattlerhandwerk, das noch vor ein paar Jahrdezennien alles in sich vereinigte, ist durch die Spezialisierung der einzelnen Arbeiten, mag es sich um Treibriemen, Geschirre, Koffer, Fahrzeuge oder sonstige Lederwarenartikel handeln, in die verschiedensten Branchen gegliedert. Diese durch die moderne Technik zwangsläufige Entwicklung hat dem eigentlichen Sattlerhandwerk den Nährboden entzogen. Während in den einzelnen Spezialbranchen große Leistungsfähige Betriebe entstanden, schrumpften die Sattlerwerkstätten immer mehr zusammen. Heute lediglich auf Reparatur angewiesen, sind sie durch den Abbau des Pferdegespannes auch noch um den letzten Rest ihrer Kundschaft gekommen. Das Auto bietet, trotz seiner riesigen Verbreitung, für den Handwerksbetrieb keinen Ersatz. Neuanfertigungen von Karosserien in handwerklichen Betrieben sind gering und werden durch den Serienbau, der durch die ganze Entwicklung bedingt ist, nur in Großbetrieben hergestellt. Auch nicht die Reparaturen werden den Weg zum Handwerksmeister finden, weil zugleich durch die Serienherstellung das Ersatzteil zum Auswechseln geschaffen wird. Ferner bedingt schon die Lauf- und Lebenszeit eines Serienwagens als Voraussetzung in allen seinen Bestandteilen die gleichmäßige Abnutzung. Auch die des Polsters. Außerdem ist man dabei, Reparaturbetriebe, gleich den Tankstellen, an allen größeren Orten erstehen zu lassen unter einheitlicher Regie, wo sich notwendige Reparaturen an allen Teilen des Wagens sofort vornehmen lassen. Durch diese Entwicklung ist es natürlich, daß der eigentliche Sattlerhandwerksbetrieb immer mehr zur wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit herabsinkt. So ist auch die Zahl der beschäftigten Gehilfen ständig gesunken und stellt heute nur noch einen kleinen Bruchteil dar. Dagegen ist die Zahl der selbständigen Existenzen sehr groß und die Zahl der gehaltenen Lehrlinge steht in einem offenbaren Mißverhältnis.

Durch unsere statistische Erhebung wurden im Jahre 1925 in 250 Orten des Reiches 3110 selbständige Existenzen gezählt, wovon allerdings nur 1398 Betriebe waren, die Beschäftigte aufzuweisen hatten. Diese beschäftigten wiederum nur 1459 Gehilfen, aber 1929 Lehrlinge. Das erhellt die Situation, die noch dadurch verstärkt wird, daß die Erhebung meist nur die größeren Orte umfaßte und das flache Land, wo die Alleinmeister mit ihren Lehrlingen sitzen, nicht erreicht wurde. Dazu kommt noch der Umstand, daß weitere zwei Jahre ins Land gegangen sind und unterdessen die Zahl der Lehrlinge noch gestiegen ist. Inzwischen hat aber auch die Spezialfabrikation in der Lederwarenindustrie und besonders im Autobau viele Lehrlinge eingestellt und für ihre besonderen Zwecke herangebildet. Mit anderen Worten das Unterkommen der ausgelernten Handwerkssattler wird dadurch noch erschwert.

Die Arbeitsgelegenheit bei der fortschreitenden Spezialisierung wird immer geringer für die handwerklichen Betriebe und das Gros der selbständigen Existenzen immer mehr proletarisiert. Die Auseinandersetzung im Schoße der beiden Innungsverbände, der Sattlermeister und der Tapeziermeister, hat zwar den Schein, als ob es sich zunächst um ein althergebrachtes Privileg aus der Zunftzeit handele, ob diese oder jene das Wort „Polsterer" zu Recht führen dürfen. Die Ursache liegt tiefer. Man weiß, daß das Herstellen von Polstermöbeln oder das Polstern schlechtweg ein Ast ist, auf dem sich eine Existenz noch gründen läßt. Dabei sollen die Verhältnisse im Tapezierergewerbe berücksichtigt werden. Auch hier sind die Alleinmeister überwiegend. Von den 8031 selbständigen Existenzen in 232 Orten des Reiches wurden nur 3663 Betriebe mit einem oder mehreren Beschäftigten festgestellt. Die Gesamtzahl der beschäftigten Facharbeiter, Facharbeiterinnen einschließlich Hilfskräfte und Lehrlinge im Reich beträgt ungefähr 14 000 bis 16 000 Personen. Davon sind in 30 Großstädten zwei Drittel aller Berufsangehörigen beschäftigt. Das weitere Drittel entfällt auf die Mittel- und Kleinstädte. Die Produktionsverhältnisse der Großstädte sind deshalb ausschlaggebend für die Beurteilung. Große Tapezierer-betriebe, die alle vorkommenden Arbeiten anfertigen, sind kaum mehr vorhanden. Zwangsläufig sind die Spezialbetriebe für die Matratzenfabrikation, Stapelmöbel, für bessere Polsterarbeiten, Dekorationen, für Tapetenkleben oder Linoleum- und Teppichlegen entstanden. Die Kundenbetriebe, die noch existieren, sind meistens auf Reparaturen angewiesen und beschäftigen in der Regel 2 bis 3 Personen. Die überwiegende Zahl aller Facharbeiter finden ihre Erwerbsmöglichkeit in den vorher genannten Spezialbranchen. Neuerdings neigt die Entwicklung zur Konzentration, wenn auch im gewissen engen Rahmen. Am stärksten ist dies bei der Matratzen- und Stapelmöbelfabrikation der Fall. Große leistungsfähige Betriebe dieser Branche unterbieten jede Konkurrenz und beliefern ganze Bezirke mit ihren Produkten, die in Möbellagern und Warenhäusern feilgeboten werden. So stellt ein Betrieb im Rheinland 5000 Divane auf Lager während der stillen Zeit her, um sie in der Zeit der Konjunktur zu beziehen und schnell an den Mann zu bringen. Gegen die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen dieser Großbetriebe kommen die kleineren Betriebe nicht auf. Die Herstellung ganzer Serien ein und derselben Formen ist auch hier von Ausschlag, weil dadurch die Materialersparnis im Zuschnitt und dergl. dem Betrieb wiederum zum Vorteil wird. Die Serienherstellung hat die Type zur Vorbedingung und gibt den Wohnungen ihr Gepräge. Die Typisierung der Wohnungsgegenstände liegt im Fluß der Zeit. Dabei ist die Tatsache zu beachten, daß die Käufer sich aus der großen Mittel- und Arbeiterschicht rekrutieren und für sie gilt, was allgemein schon im öffentlichen Leben Grundbedingung geworden ist, ganz besonders:

Eine weitgehende Individualisierung seiner Erzeugnisse wird sich das verarmte deutsche Volk nicht leisten können und es wird mit einem erheblichen Teil von Typisierung so mancher Fabrikate und Gegenstände, gleich welcher Art, rechnen müssen.

Dazu sind ja die Einkommensverhältnisse nicht ausreichend, um bei Neuanschaffung von Wohnungsgegenständen noch besondere Ausgaben anzulegen. Neben den Stapelpolstermöbeln werden sicher auch fernerhin bessere Polstermöbel hergestellt und auch die individuelle gute Polsterarbeit für die oberen Zehntausend wird bleiben. Nur weiß der Kenner der Verhältnisse, daß die Technik im Polstern sich in den letzten Jahren mehr auf die flotte und leichte Arbeit umgestellt hat. Die Firmen, die ausnahmslos gute Polsterarbeit liefern, sind seltener geworden, das Schematische überwiegt. Nur dadurch, daß das Polstern vorerst noch Handarbeit ist — die vielen maschinellen Versuche sind immer wieder gescheitert —, ist die Industrialisierung des Tapezierergewerbes noch gehemmt. Wie weit die kommende Entwicklung dies beeinflussen wird, ist abzuwarten.

Erwähnenswert sind noch die Begleiterscheinungen. Trotz der im allgemeinen günstigen Konjunktur im Verlauf des Jahres ist die Erwerbsmöglichkeit in den einzelnen Bezirken und Orten sehr verschieden.

Ein Teil namhafter Orte hatte selbst in der Zeit, wo allgemein der Geschäftsgang sich hob, eine verhältnismäßig hohe Zahl Erwerbsloser. Die Erklärung, warum diese keine Arbeit fanden, liegt augenscheinlich darin, weil besonders diese Städte mit Alleinmeistern stark übersetzt sind. Gibt es doch Orte, wo die beschäftigten Gehilfen zur Zahl der selbständigen Existenzen wie 2 zu 3 stehen. Ein großer Teil dieser Selbständigen ist zwar mit Fachkenntnissen nicht belastet, aber um so mehr sind sie bei Belebung des Geschäftsganges diejenigen, die in der Unterbietung gegenseitig keine Grenze kennen und eine unbeschränkte Arbeitszeit für sich in Anspruch nehmen. Es sind dieselben Elemente, die in den Innungsversammlungen das Maul aufreißen, sobald eine Erhöhung der Gehilfenlöhne zur Debatte steht. Sind sie es doch, die wegen ihrer erheblichen Anzahl der Innung nach außen die vorgetäuschte Stärke geben und sind doch durch die gekennzeichnete Entwicklung zum Untergang bestimmt. Also neben den entwurzelten Kleinmeistern in der Handwerkssattlerei der Kleinstädte und des flachen Landes gesellt sich in den Mittel- und Großstädten die ebenfalls zum Sterben verurteilte Schicht der Scheinexistenzen im Tapezierergewerbe. Zwar stemmen sich einige leitende Innungskreise gegen die beängstlich anwachsende Zahl dieser Existenzen und wollen durch die schärfere Handhabung in der Vergebung des Meistertitels sich diese vom Halse schaffen, womit zugleich das Recht Lehrlinge auszubilden genommen wird. Aber die Praxis sieht anders aus. Das beweist die große Zahl der Lehrlinge.

Die Produktionsverhältnisse sind in den einzelnen Städten verschieden, aber allgemein geht die Tendenz der Entwicklung dahin, daß die kommende Zeit eine reinliche Scheidung immer mehr erheischt. Klarheit ist sicher heute schon darüber vorhanden, daß die Spezialbranchen im Tapezierergewerbe den wirtschaftlich starken Zweig bilden und die kommende Zeit wird noch ihre Ausbreitung fördern. Der Versuch, unter den Innungsleitern diese Entwicklung rückwärts zu drehen und alle Spezialzweige wieder zu vereinigen, darf heute schon als gescheitert angesehen werden, denn zuletzt gibt es für ein einzelnes Gewerbe keinen besonderen Weg.

—f. g.

Senkung der Lohnsteuer.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Senkung der Lohnsteuer eingebracht, der die Erhöhung der steuerfreien Beträge vorsieht:

für Ledige	von	100 Mk.	monatl.	auf	140 Mk.	monatl.
„ Verh. ohne Kind.	„	110	„	„	„ 150	„ „
„ „ mit 1	„	120	„	„	„ 160	„ „
„ „ „ 2	„	140	„	„	„ 180	„ „
„ „ „ 3	„	180	„	„	„ 220	„ „
„ „ „ 4	„	240	„	„	„ 280	„ „
„ „ „ 5	„	320	„	„	„ 360	„ „

usw.

Der sozialdemokratische Antrag stützt sich auf das Gesetz über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer vom 5. September 1925. Dieses Gesetz wurde damals vom Reichstag einstimmig beschlossen, nachdem die sozialdemokratische Forderung auf sofortige Erhöhung der Freibeträge abgelehnt worden war. Es verpflichtet die Reichsregierung, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur weiteren Ermäßigung der Lohnsteuer vorzulegen, wenn ihr Ertrag in einem halben Jahr über 600 Millionen Mark hinausgeht. Diese Voraussetzungen des Gesetzes sind jetzt erfüllt. Aus der Lohnsteuer sind unter Einrechnung der Erstattungen aufgekommen im April 102,4 Millionen, im Mai 105,8, im Juni 109,6, im Juli 114,9, im August 111,6 und im September 115,2 Millionen, zusammen in 6 Monaten also 659,5 Millionen. Das Aufkommen hat somit das gesetzliche Höchstmaß um 60 Millionen überschritten. In den nächsten Monaten ist infolge der schwebenden Lohnkämpfe eine weitere Steigerung des Lohnsteuerertrages zu erwarten.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf will die Erträgnisse aus der Lohnsteuer wieder auf 100 Millionen Mark monatlich senken. Er gründet sich deshalb auf eine eingehende Aufkommensberechnung, die die Notwendigkeit der Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages in dem verlangten Ausmaße erweist. Aber die Ermäßigung der Lohnsteuer ist zugleich notwendig, um die Belastung der Lohnsteuerpflichtigen zu senken. Die Sätze der Lohnsteuer sind seit dem 1. Januar 1926 unverändert geblieben. Infolge der seit dieser Zeit eingetretenen Lohnerhöhungen ist aber die Steuerleistung und die prozentuale Belastung der Lohnsteuerpflichtigen gestiegen. Das zeigt die nachstehende Uebersicht, für die ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern und der Reichsdurchschnitt der Tariflöhne zugrunde gelegt ist:

	Wochenlohn Mk.	Steuer Mk.	Belastung		Wochenlohn Mk.	Steuer Mk.	Belastung
	Buchdrucker				Brauindustrie		
Januar 1926	46,05	1,24	2,7 v. H.		48,05	1,44	3,0 v. H.
Sept. 1927	49,40	1,58	3,2 „		52,94	1,93	3,6 „
	Chem. Industrie				Papierindustrie.		
Januar 1926	40,90	0,73	1,8 v. H.		32,64	—	— v. H.
Sept. 1927	44,30	1,07	2,4 „		35,81	0,22	0,6 „

Seit Januar 1926 ist die Lohnsteuerbelastung also durchschnittlich um 0,5 bis 1 v. H. gestiegen. Auch hier ist wegen der zu erwartenden weiteren Lohnerhöhungen eine erneute Steigerung wahrscheinlich. Der sozialdemokratische Antrag will die Folgerung aus der Lohnentwicklung ziehen und eine entsprechende Ermäßigung der Belastung herbeiführen.

Aber die Senkung der Lohnsteuer muß darüber hinausgehen. Sie muß gleichzeitig einen Ausgleich für die

erhöhte Massenbelastung durch Zölle und Verbrauchssteuern bringen, die in diesem Jahre eingetreten ist. Aus den wichtigsten Massensteuern kamen auf:

	April—August 1926	April—August 1927
	In Millionen Reichsmark	
Lohnsteuer	437	526
Umsatzsteuer	362	346
Beförderungssteuer	130	147
Zölle und Verbrauchssteuern	903	1211
zusammen	1832	2230

Die Massenbelastung in den ersten fünf Monaten des Rechnungsjahres 1927 war also um 400 Millionen höher als in der entsprechenden Zeit des Rechnungsjahres 1926. Davon entfallen etwa 100 Millionen auf die Lohnsteuer und über 300 Millionen auf Zölle und Verbrauchssteuern. Dabei ist die Belastung durch die Zölle noch weit größer, weil etwa derselbe Betrag wie dem Reich in die Taschen der Produzenten fließt. Die Lohnsteuer kann diese Belastungssteigerung nur ausgleichen, wenn ihre Ermäßigung wirksam und nachhaltig ist.

So ist die durch den sozialdemokratischen Gesetzentwurf geforderte Lohnsteuersenkung in jeder Hinsicht als dringend notwendig begründet. Gleichwohl wird sie sich nur durchsetzen lassen, wenn die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck auf der Erfüllung ihres gesetzlichen Anspruchs besteht. Denn die Lohnsteuerermäßigung hat viele und einflußreiche Gegner. Nicht nur die bürgerlichen Parteien, die ihre Pläne auf Ermäßigung der Besitzbelastung gefährdet sehen, auch die Länder gehören dazu, weil sie die Verringerung ihrer Einnahmen aus der Lohnsteuer fürchten.

Erich Rinner.

Sozialer Frieden und Gefahrengemeinschaft.

Am Montag, dem 10. Oktober d. J., veranstaltete die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin einen Empfangsabend, an dem neben den Vertretern der Industrie und Wissenschaft auch die leitenden Vertreter vom Internationalen Arbeitsamt teilnahmen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" widmet dieser Veranstaltung einen besonderen Nachruf. Im Mittelpunkt des Abends standen die Redner, die sich für eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aussprachen. Es wurde sehr viel von Zusammenarbeit gesprochen, besonders wurde die Mahnung des Reichspräsidenten zur Einigkeit und zur Zurückhaltung selbstischer Interessen hinter die Bedürfnisse des Vaterlandes zum Nutzen der höheren Ziele, die sich jedes Volk, aber auch die Gesamtheit der Völker, stellen muß, Erwähnung getan.

Des weiteren wurde von der sozialen Einstellung der deutschen Arbeitgeber gesprochen, die den Frieden mit ihren Arbeitern wollten. Doch dürfe Deutschland mit seiner sozialen Arbeit nicht allein bleiben, die anderen Länder müßten Schritt halten. Dieses bezöge sich in erster Linie auf die Ratifikation des Washingtoner Abkommens.

Wer diesen Artikel der „Deutschen Bergwerkszeitung" gelesen, wird nun von der sozialen Einstellung der deutschen Arbeitgeber überzeugt sein. Allerdings bleibt ein kleiner bitterer Beigeschmack noch zurück. Man will die Ratifikation des Washingtoner Abkommens von der Ratifikation der anderen Länder, wenigstens soweit es England betrifft, abhängig machen. In der Ratifikation der Beschlüsse des Internationalen Arbeitsamts steht Deutschland mit an letzter Stelle. Die vollzogenen Ratifikationen beziehen sich lediglich auf bereits vorhandenes. Gewiß besteht darüber wohl kein Zweifel, daß Deutschland in bezug auf soziale Einrichtungen noch führend ist. Doch soll damit nicht gesagt sein, daß Deutschland nun auf diesem Gebiet nichts mehr zu tun hätte. Noch manche Lücke harrt der Ausfüllung. Denken wir z. B. an die Lohnfrage, so sehen wir hier noch manches im argen liegen. Die deutschen Löhne stehen, zählt man selbst die Anteile der Unternehmer an der Sozialversicherung hinzu, bei weitem hinter den Löhnen der Engländer und Amerikaner zurück. Und gerade in diesem Punkte zeigt der deutsche Unternehmer sein wahres Gesicht. Handelt es sich um die Einführung der Sozialversicherung in anderen Ländern, so stimmen die deutschen Arbeitgeber dafür. Sie tragen dabei eine soziale Einstellung zur Schau. Anders wird die Sache, wenn die Arbeitnehmer Lohnforderungen stellen. Gleich klagt man über die hohe soziale Belastung und rechnet den Arbeitern vor, daß durch Abbau der Sozialversicherung eine Erhöhung des Lohnes in Erscheinung trete. Da nun die Arbeiterschaft, dank der Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften, nicht auf diesen Leim kriecht, läßt man die soziale Maske fallen und bereitet Kampfmaßnahmen vor. Will man doch unter allen Umständen der Arbeiterschaft die so notwendige Lohnerhöhung vorenthalten.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" teilt nun die Gründung einer Gefahrengemeinschaft mit, die den Zweck hat, Gelder zu sammeln, die lediglich zur Unterdrückung ausbrechender Arbeitskämpfe verwandt werden sollen. Man spricht hier allerdings von diktatorischen Maßnahmen der Gewerkschaften und schimpft nach wie vor auf die durch das Arbeitszeitnotgesetz herbeigeführte Arbeitszeitverkürzung. Wir sehen hier also, wem der Kampf gilt. Nach der Meinung der Unternehmerpresse versucht die Arbeitnehmerschaft die durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstandene Lohndifferenz durch Forderungen auf Lohnerhöhungen auszugleichen. Und nur der Selbsterhaltungstrieb der Industrie mache schärfste Maßnahmen erforderlich. Hier kommt die Verlogenheit der Unternehmerpresse wieder einmal recht zur Geltung. Man verschweigt geflissentlich, daß die Erhöhung der Lebenshaltungskosten den Arbeiter zu Lohnforderungen geradezu zwingen. Erhöhung der Mietpreise sowie die Erhöhung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel sind hier der Antrieb.

Wenn nun die Arbeitgeber behaupten, sie seien nicht in der Lage, höhere Löhne zu zahlen auf Grund der starken Belastung, so trifft diese Behauptung jedenfalls nicht zu. Es bedeutet lediglich Starrköpfigkeit, wenn man die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen will. Daß es sich nur um eine solche handelt, beweist die Bildung der Gefahrengemeinschaft. Ist doch jeder Arbeitgeber verpflichtet, pro Arbeiter und Monat 5 Mk. zu entrichten. Rechnet man den Monat zu 210 Arbeitsstunden, so würde sich aus diesem Betrag beinahe eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2½ Pf. ermöglichen lassen. Aber dem organisierten Unternehmertum ist es nicht um eine Lohnerhöhung zu tun, man will den Kampf. Die Arbeiterschaft darf diesem Treiben nicht tatenlos zusehen. Sie muß aus der Geschlossenheit der Unternehmer lernen. Wir müssen mehr denn je bestrebt sein, alle die Abseitsstehenden zu erfassen, sie einzuspannen in den Dienst der Arbeiterbewegung, denn nur eine starke Organisation wird imstande sein, wirkungsvoll den Angriffen der Unternehmer entgegenzutreten.

Willi Benzen.

Aus dem Gebiete des Südwestgaues.

Seit dem Herbst 1926 befinden wir uns im Gangebiet auf dem Wege des Fortschritts. Der Arbeitsmarkt zeigt seit dieser Zeit eine ruhige stete Vorwärtsentwicklung. Die Besserung ist in allen Branchen zu verzeichnen. Auch die Mitgliederzahl hat in den letzten Quartalen eine erfreuliche Vorwärtsentwicklung gezeigt, die sich auch im letzten Quartal weiter auswirkt.

Ein Blick in die einzelnen Branchen zeigt uns aber, daß wir nicht rasten dürfen, um auch den letzten Mann in die Organisation zu bringen. Die Lederwarenbranche hat unter den Einwirkungen der Wirtschaftskrise am schwersten zu leiden gehabt, allein im Offenbach-Frankfurter Wirtschaftsgebiet betrug Ende 1926 die Anzahl der Arbeitslosen etwa 3000. Wenn diese Zahl im Laufe der letzten Monate auf reichlich 1000 zurückgegangen ist, so können wir wohl eine wesentliche Belebung in der Industrie feststellen. Leider muß gesagt werden, daß im Laufe der letzten Jahre die Heimarbeit mit ihren unkontrollierbaren Arbeitsbedingungen an Umfang wesentlich zugenommen hat. Die Fabrikanten haben die Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes ausgenutzt, um die Heimindustrie zu fördern. Der Tarifspitzenlohn konnte seit Dezember 1926 bis zum Oktober 1927 von 85 auf 92 Pf. erhöht werden. Zurzeit stehen wir mit den Fabrikanten in Verhandlungen, um eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne durchzuführen. Die fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltungskosten, die zwangsweise Steigerung der Wohnungsmieten macht eine weitere Erhöhung der Löhne dringend erforderlich.

Im Bezirk Württemberg stieg der Lohn seit Ende 1926 von 80 auf 93 Pf. in der Spitze. Auch für Baden wurde in den letzten Tagen eine Erhöhung des Spitzenlohnes um 5 Pf. pro Stunde vereinbart.

Eine wesentliche Bedeutung hat in unserem Gau die Autobranche. Die größten Betriebe Opel-Rüsselsheim, Benz-Daimler in Mannheim und Sindelfingen, Adlerwerke Frankfurt waren bis vor kurzem stark beschäftigt. Unsere Kollegen untersitzen in diesen Betrieben dem Kollektivabkommen der Metallindustrie. Die Spitzenlöhne (Verdienste der Akkordarbeiter) schwanken zwischen 1,17 bis 1,30 Mk. Außer den genannten Betrieben hat die Autobranche noch wesentliche Bedeutung in Heilbronn, Ulm a. d. Donau, Darmstadt und Gaggenau. Die Umstellung der Betriebe auf neue Arbeitsmethoden, Band- und Fließarbeit, ist in dieser Branche am weitesten vorgeschritten. Bei der ins kleinste durchgeführten Arbeitsteilung sind die Firmen jetzt bemüht, Arbeiterinnen in größerer Zahl in der Sattlerei zu beschäftigen. Damit erwächst für uns die Aufgabe, einmal für die restlose Zuführung der Arbeiterinnen zur Organisation zu sorgen und die große Spanne zwischen den Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen möglichst zu überbrücken. Nicht die Ausschaltung der Frauenarbeit kann unser Ziel sein, sondern ein Heranrücken der Frauenlöhne an die Löhne der Männer. Zurzeit macht sich ein Abflauen der Beschäftigung in einzelnen Betrieben bemerkbar. In einigen Abteilungen der Opelwerke ist die Arbeitszeit auf 5 Tage beschränkt. In den Adlerwerken fanden in den letzten Wochen starke Entlassungen im Karosseriebau statt, nach Angabe der Direktion nicht wegen Mangel an Aufträgen, sondern weil die Karosserien in anderen Orten wesentlich billiger hergestellt würden. Immerhin kann gesagt werden, daß der Beschäftigungsgrad im allgemeinen noch gut zu nennen ist.

Im Tapezererberuf ist der Geschäftsgang ein gutes, die Arbeitslosigkeit ist schwach, in einzelnen Orten ist eine Nachfrage nach tüchtigen Facharbeitern. Die Stapelmöbelindustrie ist stark beschäftigt, auch hier ist zu bemerken, daß von seiten der Unternehmer mehr als bisher die weibliche Arbeitskraft in die Produktion gezogen wird. Besonders in den Matratzenfabriken, auch in kleinen Orten wird die Frau angeleint. In den Stapelbetrieben besteht der Akkordlohn. Bei der Einführung der Frauenarbeit muß unser Grundsatz sein: Für gleiche Arbeit gleicher Lohn! Hier wird es gelten, alle Kräfte einzusetzen, diesen Grundsatz durchzuführen. Die Löhne im Tapezierergewerbe sind mit Ausnahme einiger kleiner Orte an allen Plätzen tariflich geregelt.

Für Baden und für Württemberg bestehen gute Landestarifverträge, die auch Geltung haben für die Hausgewerbebetriebe im Sattlergewerbe. Die Spitzenlöhne betragen in der ersten Ortsklasse für Baden 1,08 Mk., für Württemberg 1,03 Mk., leider fehlt uns in diesen Gebieten zum Teil die Verbindung in den kleinen Orten, die bei den allgemeinverbindlich erklärten Vertrag auch mit erfassen.

Wirtschaft und Kultur.

Der Strom des Lebens.

In seinen Tagebuchblättern klagt Hebbel einmal über das Leid aller schöpferischen Naturen, daß die Fähigkeit zum produktiven geistigen Schaffen oft vorübergehend und oft lange versiege, daß diese geistige Energie dann wie aus einem unterirdischen Quell unterirdisch fließe, um einmal plötzlich und dann mit Macht wieder hervorzubrechen.

Hat nicht jeder einzelne das gleiche, wenn auch in bescheidenerer Art, im Leben festgestellt? Dann ist er voll Lebensfreude und, selbst wenn die Arbeit mechanisch ist, voll von Bedürfnis, sich in irgendeinem Schaffen auszuleben, und dann wieder schleicht der innere Mensch dahin ohne dieses aus der Tiefe seines Wesens Stürmende.

Das, was Hebbel da aussprach, ist ein allgemeines Gesetz. So ist es bei allen. So ist das Leben. So auf und ab. So still und so lebendig.

Darum ist es auch in den großen Bewegungen der Geschichte, die von Menschen getragen werden, nicht anders. Auch da gibt's den Ausbruch und dann das, das, äußerlich betrachtet, Ruhe, ja Stillstand ist. Aber es lebt auch dann. In der Tiefe. Unbemerkt. Und es zeigt sich mit Urgewalt, wenn die Stunde gekommen ist.

Ohne Siegesglauben, ohne innere Kraft sind nur die, die das Leben aufgewühlt hat und die darum mit ihrem eigenen Wesen nicht mehr wurzeln im großen Gesetze des Lebendigen. Höhepunkte hat jede Bewegung nur vereinzelt. Wir fühlen die Bewegung nur, wenn wir ihr lauschen, wenn wir ihr geduldig das Ohr neigen. Und dann merken wir, wie es da unter der Oberfläche des Lebens strömt.

Es strömt ohne Unterlaß, denn es geht ohne Unterlaß vorwärts. Sonst wäre nicht Entwicklung die Welt. Sonst wäre nicht Aufstieg zur Freiheit der Sinn der Geschichte.

Lausche dem Leben! Leihe voll Liebe dem Menschen dein Ohr! Höre auch, was hinter all diesem Verärgerten und Verbissenen ist! Und du fühlst, wie Leben drängendes, wollendes Leben ist und wie jede Bewegung, wenn sie nur in der sittlichen Linie der Entwicklung ist, einmal die Stunde feiert, die mit einem neuen Höhepunkte der Bewegung zugleich der Sieg der Bewegung ist.

* * *

Der Magnet.

Eine starke Zielstrebigkeit steckt in allem, was auf der Erde ist. Die Blumen der Erde streben aufwärts zum Licht und die Bäume recken sich mit unüberwindlicher Naturkraft senkrecht in die Höhe, auch wenn sie am Abhange sind. Und die Kugel, die rollt, rollt in ihrem Zielstreben geradlinig vorwärts, und der Magnet zielt nach Norden; mögen wir ihn drehen und beugen, er zielt nach Norden hin.

Aus innerem Gesetz mit starkem inneren Drange vorwärts zu dem einen Ziele, das aus dem Wesen heraus zu erstreben ist. Das ist das Große, weil es das Echte ist. Das ist das Sittliche, weil es aus dem heiligen inneren Drängen heraus sich zwängt.

Ein Ziel. Und vorwärts zu dem einen Ziele, ohne Schwanken, stark. Wie ein Magnet voll innerer Lebensenergie zu einem Punkte. Nur das heißt ganzer Mensch und Kämpfer sein.

* * *

Die Technik im Altertum.

Wir nennen unser Zeitalter das technische, und noch nie hat ja die Technik auch solche Triumphe gefeiert wie heute. Dennoch gab es Technik stets, auch im Altertum. Jede Zeit hatte ihre Technik, aber über all den Kriegen und Intrigen, aus denen die Geschichte besteht, vergaß man leider die Geschichte der Technik nur zu sehr. Diese Geschichtsforschung steckt heute erst in ihren Anfängen.

Schon im Altertum nahm aber nach dem Berliner Technohistoriker Dr. F. M. Feldhaus der Techniker einen hervorragenden Platz ein neben den Aerzten, den Rednern und Mathematikern. Weil es eben auch schon eine Technik gab und diese Technik in dem Wirtschaftsleben jener Zeit eine große Rolle spielte.

Als Betriebsmaschinen kannte man Treträder von vier Meter Durchmesser, Windräder und Wasserräder sowohl zum Antriebe von Pumpwerken wie zum Antriebe der Mühlen und Sägemühlen. Auch das Drahtseil war im Altertum bekannt wie die Schraube. In Bäckereien wurden Knetmaschinen benutzt und man experimentierte sogar schon mit den Kräften des gespannten Dampfes und der erhitzten Luft. Auch die Glocke, das Sprachrohr und ähnliche Einrichtungen unseres alltäglichen Lebens kannte das Altertum, wie einwandfrei erwiesen ist, bereits im Jahre 67 nach unserer Zeitrechnung hat ein Mann gar in Rom in Gegenwart des Kaisers Nero den ersten Schwebeflugversuch unternommen.

Je mehr wir diese technische Seite des antiken Lebens kennen lernen, um so mehr werden wir erst imstande sein, uns auch von dem Arbeitsleben jener Zeit ein deutliches Bild zu machen.

* * *

Arbeitsmöbel.

Von den Arbeitsgeräten hängt in hohem Maße die Ermüdung ab. In einer Arbeit über Sitze und Tische in Groß- und Kleinbetrieben bringt Medizinalrat Dr. Moll im Zentralblatt für Gewerbehygiene eine Reihe von Bildern, die geeignete Sitze und Arbeitstische darstellen sollen. Daran wird die Anregung geknüpft, den Ausschüsse für gesundheitsmäßige Arbeitsgestaltung zu einer Materialsammlung geeignete Beschreibungen und Abbildungen zweckmäßiger Arbeitsmöbel zu übermitteln.

Mit Wohnungsmöbeln, aus dem Gedanken der neuen Sachlichkeit konstruiert, beschäftigt man sich eingehend, obwohl diese Möbel nicht so einschneidend in das menschliche Leben eingreifen wie die Arbeitsmöbel. Hier ist die neue Sachlichkeit vor allem angebracht, denn sie dient hier in hervorragendem Maße der Erhaltung des Leibes und der Menschenökonomie.

* * *

Steigende Not.

Wie die sozialen Nöte des Lebens steigen, zeigt uns deutlich ein Einblick in die Statistik, die das Statistische Amt der Stadt Bochum jetzt bekannt gibt. Diese Stadt der Arbeiterstadt enthält auch die Zahlen über die Inanspruchnahme des Pfandhauses; sie zeigen, daß im 2. Vierteljahr 1927 14 093 Pfänder hinterlegt wurden gegen 12 617 im 1. Vierteljahr 1927 und 12 115 im 2. Vierteljahr 1926. Dementsprechend ist auch der Darlehnsbetrag von 142 095 Mk. im 2. Vierteljahr 1926 auf 152 393 Mk. im 1. Vierteljahr 1927 und auf 170 223 Mk. im 2. Vierteljahr 1926 gestiegen.

FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN

Durch die Mechanisierung des Lebens hat der Mann die Gefährtin aus der schützenden Hausstatt gerissen, in Welt und Wirtschaft getrieben, ihr den Schlüssel entwunden und den Geldbeutel in die Hand gedrückt; er hat ihr die Wahl gelassen zwischen Rechnerei, Koketterie, äußere Arbeit und vereinsamtem Leben ...

Wir haben den Frauen zu danken, daß ihr verängstetes Suchen eine Bewegung verbreitet, die nur im Ziele irrt. Uns liegt es ob, dies Ziel zu entschleiern, das nicht in äußerer Herrschaft begründet ist; nicht Rückkehr zum verödeten Hof und Garten, zum veralteten Rocken und Webstuhl dürfen wir erzwingen, auch nicht ödes Fortschreiten zu Kanzeln und Tribunalen. Wandlung zu hoher Menschlichkeit ist das erste Ziel. Verachtung käuflichen Glücks, albernen Schmucks und schnöden Müßiggangs; Verantwortung für inneres Glück und Ordnung des allmenschlichen Hausstandes das letzte. Je entschiedener Wohlfahrt und Erziehung, Pflege und Lebensschmuck zu sorgender Gemeinschaft, zu Verantwortungen der Gesellschaft werden, desto reiner und bedeutender werden die neuen Pflichten des Weibes, und wenn der Inhalt dieser Pflichten frauenhaft und natürlich bleibt, so dürfen wir vor den Formen, mögen sie auch der Mittel der Organisation, des gedankenmäßigen Aufbaues, der Verkettung bedürfen, nicht erschrecken.

Walther Rathenau (Von kommenden Dingen.)

Ein Wort an unsere Frauen.

Warum stehen so viele unserer Mitgliederfrauen den Bestrebungen des Verbandes gleichgültig, ja zum Teil ablehnend gegenüber?

Weil sie die Bestrebungen des Verbandes nicht kennen und weil auch viele unserer Mitglieder es nicht für notwendig halten, ihre Frauen über die Bestrebungen des Verbandes aufzuklären.

Und doch ist es eine dringende Aufgabe, auch bei unseren Frauen das Interesse für den Verband zu wecken. Die Zeiten, wo die Frau an die Kochtöpfe und den Strickstrumpf gehörte, sind endgültig vorüber. Millionen Frauen stehen heute im Wirtschaftsleben; von ihnen kann ohne weiteres erwartet werden, daß sie Verständnis für unser Wirken haben.

Aber auch für die Frauen unserer Mitglieder muß Aufklärung gebracht werden. Was leistet der Verband für sie?

Der Verband hat durch die Erkämpfung des Achtstundentages der Familie den Mann und Vater wieder zurückgegeben. Nur wenige Jahrzehnte zurückgeblickt, werden wir feststellen können, daß damals bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit das Familienleben arg Not litt. Heute kann sich der Kollege nach erfüllter achtstündiger Arbeitszeit seiner Frau, seinen Kindern widmen

Noch vor wenigen Jahren wiesen die Unternehmer jede Forderung auf die Gewährung eines bezahlten Urlaubes ab. Heute haben wir in allen Verträgen den Ferienanspruch festgelegt. Mit Frau und Kindern einige frohe Ferientage zu verleben ist heute den meisten unserer Kollegen geboten.

Noch vor wenigen Jahren war der Arbeitgeber der Herr im Hause, er maßte sich an, die Höhe des Arbeitslohnes, die Dauer der Arbeitszeit zu bestimmen; heute stehen die Arbeiter durch ihre Verbände bei der Bestimmung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als gleichberechtigte Partei dem Arbeitgeber gegenüber. Jeder Groschen Lohnerhöhung kommt auch der Mitgliederfrau zugute. Jede Lohnerhöhung bedeutet für sie und für ihre Kinder einen wirtschaftlichen Fortschritt

Jeder Lohnabbau, der von den Arbeitgebern angestrebt wird, bedeutet für die Hausfrau eine Entbehrung. Der Verband wacht über die Durchführung der vertraglich vereinbarten Löhne, er sorgt dafür, daß Not und Elend von den Arbeiterfamilien ferngehalten wird.

Und auch in den Tagen der Not, der Arbeitslosigkeit, der Krankheit des Ernährers, gewährt der Verband durch die Erwerbslosenunterstützung namhafte Beihilfen. Manche unserer Mitgliederfrauen hat erst in dieser Lage die Notwendigkeit unseres Verbandes erkannt.

Diese wenigen Worte sollen unseren Frauen zeigen, wie notwendig der Verband auch für sie und ihre Familie ist. Jede Arbeiterfrau, die mit Interesse für ihre Familie, für ihre Kinder sorgt, muß ein Förderer unserer Bestrebungen werden.

Jede Frau soll ihren Mann zur Treue zu unserem Verbande anhalten.

Ohne Opfer kein Erfolg. Deshalb soll auch die Arbeiterfrau die Beiträge für den Verband ohne Murren aufbringen, denn sie sind notwendig, um geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse für den Mann und eine gesicherte Lebenshaltung für die Familie zu ermöglichen.

Eure Kinder aber sollt und müßt ihr im Sinne unserer Bestrebungen erziehen, der Jugend gehört die Zukunft.

Die Spargelder kleiner Leute.

In den deutschen öffentlichen Sparkassen sind fünf Milliarden Mark hinterlegt. Davon entfallen rund 3,1 Milliarden Mark auf Spareinlagen hauptsächlich in Gemeindesparkassen. Das sind Spargelder von Arbeitern, Angestellten, Beamten und anderen sogenannten kleinen Leuten. Was soll mit deren Spargeld geschehen? Auf einem kürzlich in Kiel abgehaltenen deutschen Sparkassenkongreß wurde darüber sehr Beachtliches geäußert.

Eine „Mustersatzung" des preußischen Ministeriums des Innern empfiehlt die Anwendung von Grundsätzen, nach denen an Personalkredit Gelder nur hergegeben werden sollen für Kreditierung des Mittelstandes. Dabei bleibt es der Auslegung überlassen, was „Mittelstand" ist und was unter „wirtschaftlich schwächeren Kreisen" verstanden werden soll. Dieselben Kreise werden heute aus Reichs- und Staatsmitteln schon viel mehr begünstigt als im alten Staate vor dem Krieg. Nach den Ausführungen, die in Kiel gemacht wurden, ist ganz klar, daß die Gemeindesparkassengelder grundsätzlich und hauptsächlich der Hilfe für den „Mittelstand" dienen sollen. Das hat nach den vorliegenden Berichten besonders auch der Vorsitzende jener Tagung betont, der davon sprach, daß in Deutschland der Mittelstand auch „den Konsumvereinen gegenüber unentbehrlich" sei.

Die Schlußfolgerungen, die sich aus diesen Verhältnissen für die Masse der Arbeiter, der kleinen Sparer, besonders aber für alle Konsumvereinsmitglieder ergeben, liegen auf der Hand: Nicht ein Pfennig Spargeld sollte aus diesen Kreisen Institutionen zugeführt werden, die das Sparkapital für den Sparer ganz wesensfremde Zwecke und nicht im allgemeinen Interesse verwenden! Wie ganz anders dagegen ist es bei den Sparkassen der Konsumvereine. Hier dienen die angesammelten Gelder nicht kapitalistischen, sondern sozialen Einrichtungen. Jedes Konsumvereinsmitglied stärkt durch seine Spareinlagen die eigene Finanzkraft der Genossenschaft, macht sie unabhängig vom privaten Großkapital. Die der Genossenschaft hingegebenen Spargelder werden nicht fremden Interessen dienstbar gemacht, sondern — soweit die nötige Flüssigkeitung das zuläßt — zur Förderung und Ausbreitung genossenschaftlicher Unternehmungen verwendet. Und das Geld ist so sicher wie sonstwo. Es darf auch daran erinnert werden, daß die Konsumvereinssparkassen in der Aufwertung den Einlegern viel weiter entgegengekommen sind, als das Gesetz es vorschreibt und andere Sparkassen es getan haben.

Gebietet so das eigene Interesse des Genossenschafters und Arbeiters schon die Hingabe ersparten Geldes an das eigene Unternehmen, so sprechen auch genug andere Gründe noch überdies dafür. Die organisierten Mittelständler, deren enger Bund mit den Sparkassen hier aufgezeigt ist, waren immer die rücksichtslosesten Bekämpfer der Konsumvereine. Sie sind es heute noch. Sie sind in der Regel bei allen Niederträchtigkeiten, die irgendwo und von irgendwem gegen die Konsumvereine ausgeheckt werden. Wer sein Geld in öffentliche Sparkassen tut, unterstützt indirekt den Kampf der Mittelständler gegen die Konsumvereine.

---

sind. Hier bietet sich für die Kollegen aller Orte ein weites Betätigungsfeld und vieles könnte noch geschaffen werden, um die Tarife restlos zur Durchführung zu bringen. Die Spitzenlöhne im Frankfurter Gebiet, Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden usw., schwanken zwischen 1,03 und 1,10 Mk. Die Arbeitszeit ist in allen Tarifen auf 48 Stunden festgesetzt, auch die Ferienregelung ist ziemlich einheitlich auf drei bis acht Tage durchgeführt. Die Handwerkssattler in Frankfurt haben einen tariflichen Spitzenlohn von 1,10 Mk. Eine wesentliche Bedeutung haben die Handwerkssattler in keinem Gebiet. In dieser Branche, auch in den Handwerksbetrieben der Tapezierer, besteht eine starke Lehrlingshaltung.

Ueber die Treibriemenbranche ist nicht allzu viel zu berichten. Der Reichstarifvertrag ist im Baugebiet in allen Orten durchgeführt. Leider läßt das Organisationsverhältnis in dieser Branche manches zu wünschen übrig. Die Lohnverhältnisse sind in allen Orten, in denen sich die Kollegen an den Verband gehalten haben, vertraglich geregelt. Für Württemberg und Bayern besteht für die Branche eine bezirkliche Lohnregelung mit einem Spitzenlohn von 92 Pf.

Im Laufe des verflossenen Jahres war es in allen Branchen möglich, eine wesentliche Erhöhung der Tariflöhne durchzusetzen, 4 bis 8 Pf. Lohnerhöhung wurde in allen Branchen tarifvertraglich vereinbart. Und trotz dieser Erfolge stehen noch weite Kreise der Kollegen und Kolleginnen dem Verbande fern!!!

Für unsere Verbandsmitglieder erwächst die Verpflichtung, in steter Mitarbeit am Ausbau der Organisation zu wirken. Gerade jetzt bietet sich die beste Gelegenheit dazu. Der 1. Oktober hat für die meisten Kollegen und Kolleginnen eine weitere Lohnerhöhung gebracht. Haus- und Werkstattagitation muß in allen Orten einsetzen, um die Fernstehenden zu gewinnen!!!

Auf zu neuen Kämpfen, zu neuen Erfolgen! Keiner darf fernstehen! Wir bedürfen der Unterstützung aller Kollegen und Kolleginnen! Nicht graue Theorien sind es, denen wir nachjagen, treues Zusammenarbeiten und Zusammenwirken zur Erreichung besserer Lebens- und Existenzbedingungen soll der Brennpunkt unserer Organisation sein.

Die Gauleitung. J. A.: Ewald Gasch.

Die Arbeitswoche der F.G.J. Kiel in Cismar.

Die F. G. J. Kiel, die sich in einer dauernden Vorwärtsbewegung befindet und bestrebt ist, sich eine feste Organisation zu schaffen, hatte als Auftakt ihres Winterprogramms die Arbeitswoche in Cismar veranstaltet. Dieser Kursus fand vom 25. September bis zum 1. Oktober statt. Als Kursusleiter hatten wir den Gen. Karl Zwing-Jena gewonnen. Wo wir nun gerade einmal den Gen. Zwing in Kiel hatten, haben wir die Gelegenheit wahrgenommen. Am Freitag, dem 23. September, sprach derselbe vor der Vollversammlung der F. G. J. über das Thema „Jugend und Gewerkschaft". Lernte man an diesem Abend, der nebenbei ein Erfolg war, die feine verständliche Vortragsart des Gen. Zwing schätzen, so bestätigte sich das im Laufe der Woche. Nach diesem Auftakt fuhren die Kursusteilnehmer am Sonntagmorgen nach Cismar zu einer Woche ernster Arbeit. Das Arbeitsprogramm sah folgende Hauptpunkte vor:

1. Geschichtlicher Ueberblick der Freien Gewerkschaften.
2. Grundzüge der Freien Gewerkschaften.
3. Ueberblick über die Unternehmerorganisationen.
4. Die Stellung der Gewerkschaften in der Gegenwart und Ausblicke für die Zukunft.
5. Die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften.
6. Die Gewerkschaftsinternationale.
7. Gewerkschaftliches Schrifttum.

Am Montagmorgen wurde der Kursus eröffnet und der Gen. Zwing sprach über die Entwicklung des modernen Kapitalismus, die Voraussetzung der Gründung der Gewerkschaften, führte uns dann im Laufe des vormittags die Geschichte der Gewerkschaften bis zum Sozialistengesetz vor, um am Nachmittag die Geschichte der Gewerkschaften bis heute zu schildern und die Stellung der Partei im Laufe der Jahre aufzuzeigen. Auch wurden die anderen Gewerkschaftsrichtungen erwähnt und in diesem Zuge die in der Neuzeit entstandenen komm. Gewerkschaftssplitter und die „Dinta-bewegung" erwähnt. Am Dienstag sprach er über das Problem „Masse und Führer" und las hierbei aus dem Buch Dr. Cassau „Die Gewerkschaft, ihre Entstehung und ihre Problematik", das Kapitel „Masse und Führer" vor. Zwing sprach von der Soziologie und Kampf der Gewerkschaften. Unter andern wurde über die Schulung von Gewerkschaftsführern gesprochen und über die Einstellung des Führers zum gefühlsmäßigen Handeln der Masse. Am Mittwoch behandelten wir die neuen Probleme der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit. Es wurde auf den Rätegedanken näher eingegangen. Das System des Betriebsrätegesetzes und die Gedanken des Reichswirtschaftsrates erläutert. Am Donnestag wurden dann die Unternehmerorganisationen besprochen, ihre Organisationsform und ihre Macht. Wir befaßten uns hier auch mit den Unternehmertagungen, insbesondere mit der letzten Frankfurter Tagung, um dann noch im Laufe des Vormittags noch einiges über die Innungen zu hören. Am Nachmittag behandelten wir dann den Aufbau der gewerkschaftlichen Organisationen. Ortsverwaltung, Bezirk oder Gauleitung, Zentralleitung und die Zusammensetzung des Verbandstages. Wir sprachen dann noch über den ADGB., behandelten dann am Freitag die Internationale, ihre Gründung und Entwicklung, den Zusammenbruch der ersten Internationale, den Aufbau der 2 und die Wirkung des Krieges auf sie. Um dann aufzuzeigen, welchen Anteil die deutschen Gewerkschaften seit jeher an der Internationale genommen haben. Haben dann den Werdegang bis zum Pariser Kongreß verfolgt und alle den Wunsch geäußert, daß die alte Internationale sich bald wieder in alter Frische zeigt. Behandelten dann noch die 3. Internationale und ihre unglückselige Einwirkung auf die Arbeiterbewegung der Welt. Es scheint jetzt ja so, als wenn die Arbeiterbewegung sich aus diesem Banne freimacht. (Siehe England.) Ferner die Literatur und den Kampf um Lohn und Arbeitszeit. Am Sonnabend faßte der Kursusleiter Gen. K. Zwing noch einmal alles zusammen und schloß um 9.30 Uhr den Kursus.

Es war in dieser Woche sehr viel von unseren Jugendlichen geleistet worden. Man kann diesen Kursus nur als eine Fülle von Anregungen betrachten und muß das hier Gebotene im Winter fortsetzen. Die arbeitsreiche Woche erhielt dadurch eine Abwechselung, daß wir am Dienstag einen Ausflug nach dem Ostseebad Grömnitz unternahmen. Unsere freien Abendstunden wurden durch Unterhaltungs- und Diskussionsabende ausgefüllt. Die Verpflegung im Heim war gut. Um 7 Uhr morgens begann der Tag, eröffnet durch eine halbstündige Gymnastik. Die Finanzierung hatten die Verbände übernommen. Die Kosten für den Kursusleiter trägt der

ADGB. Kiel. Als Abschluß sagte der Gen. Zwing folgendes: Als Fremde lernten wir uns kennen, als Freunde müssen wir uns trennen. Doch wollen wir nicht nur Freunde sein, wir wollen ewig Freunde bleiben, und laut erklang unser Kampflied durch den Saal:

Wohlan wer Recht und Wahrheit achtet
Zu unserer Fahne steh'n zu hauf.

Damit war der Kursus beendet, und mit Volldampf ging es der Heimat zu, um in Betrieb und Werkstatt das eben Gewonnene in die Tat umzusetzen und für die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung zu werben. Bruno Boldt.

Beamtengehälter und Preisgestaltung.

In der Nummer 43 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" behandelt Heinrich Sieratowitz (Hamburg) das Thema „Einkommen und Lebenshaltungskosten" im Hinblick auf die Gehaltserhöhung der Beamten, die damit in Zusammenhang gebrachten Preissteigerungen und die dagegen vermeintliche Hilflosigkeit. Es heißt dann dort aber weiter:

Nun wird man sagen, daß es sich hier um eine erschreckend trostlose Angelegenheit handle, daß jeder Lohn- und Gehaltsempfänger Fatalist werden müsse, da ja selbst die verantwortlichen Stellen nichts vermöchten, das Senken der Kaufkraft des Einkommens und des erhöhten Einkommens abzufangen. Zu dieser fatalistischen Auffassung liegt nun erfreulicherweise kein Anlaß vor. Die Lebenshaltung des Gehalts- und Lohnempfängers ist durch die zwei Pole Einkommen und Preis bedingt. Die Operation an dem einen Pol Einkommen kann die erstrebte Kaufkraft des Einkommens nicht herbeiführen, man hat sich auch um den anderen Pol, den Preispol, zu kümmern. Warum sind die Gehalts- und Lohnempfänger nur zum geringen Teil mit jener Tatkraft ausgerüstet, die an allen Stellen der Wirtschaft Voraussetzung für einen angestrebten Erfolg ist? Warum sehen Millionen von Gehalts- und Lohnempfängern über die Organisation des Verbrauches und der Verbraucher hinweg? Klagen und Forderungen auf höheres Einkommen sind wohl notwendige Einrichtungen, aber doch oft nur sehr mangelhafte Instrumente, den Erfolg zu sichern. Wenn die Konsumgenossenschaften einen Sinn haben, und das haben sie doch wohl, so kann das nur der eine sein: sie sind das Instrument, mit dem der Preispol im Sinne des Gehalts- und Lohnempfängers entscheidend beeinflußt werden kann. Sie sichern die gewünschte Kaufkraft des Einkommens, vorausgesetzt, daß sie selbst, die Konsumgenossenschaften, über den notwendigen wirtschaftlichen Einfluß verfügen. Was steht dem im Wege, den hunderttausend Mitgliedern eines großstädtischen Konsumvereins hundertausend weitere Mitglieder aus dem Kreise der Gehaltsempfänger zuzuführen? Doch nichts weiter als mangelnde Einsicht, vergilbte Vorurteile und Furcht vor dem Nachdenken. Weite Kreise der deutschen Beamten haben vornehmlich nach dem Kriege sich des Mittels der Verbraucherorganisationen zu bedienen versucht, um ihrem Einkommen eine höhere Kaufkraft zu sichern. Wenn diese Beamten, von Ausnahmen abgesehen, ihre Verbraucherorganisation nicht richtig gestalteten, wenn sie aus abgestandenem Standesbewußtsein glaubten, ihre eigenen Wege gehen zu müssen, zu Zersplitterung gelangten, so ist nicht einzusehen, warum man das Experiment nicht wiederholen sollte, wobei dann die gemachten Fehler zu vermeiden wären. Die Organisation der Verbraucher als Werkzeug zur Sicherung der Kaufkraft des Einkommens müssen eben zwangsläufig, bedingt durch die starken Faktoren bei der willkürlichen Preisbildung, konzentrische Kraftanstrengungen sein. Möchten demnach die Gehaltsempfänger, was natürlich auch von den Lohnempfängern gilt, den einen Weg gehen, der ihnen offen steht. Der Ruf nach dem Staat, der die Preise senken soll, geht fehl. Hier verlangt man von dem Staat, was er nicht zu leisten vermag. Wirtschaft und Wirtschaftskräfte pfeifen auf den Staat und können das auch, wenn es sich um die Preisgestaltung handelt. Die Abwehr der Preiswillkür kann nur von einer Macht erfolgen, die von den gleichen Bedingungen getragen ist, von denen sich die Mächte der Preiswillkür tragen lassen. Organisation gegen Organisation. Der Staat möge seine Aufgabe erfüllen, wozu auch die vernünftige Gestaltung der Einkommen gehört, mehr von ihm zu verlangen ist Unrecht. Die wirtschaftliche Organisation allein vermag dem Einkommen die gewünschte Funktionsmöglichkeit zu geben. Das Nachdenken über diese Dinge ist wichtiger als das Klagen über beabsichtigte Preiserhöhungen. Am wichtigsten aber ist die Tat, die hier Organisation der Verbraucher heißt.

Der Konsumverein als Preisregulator.

Dem Beispiel der Bäckerinnungen anderer Großstädte folgend, hat auch die Berliner Zwangsinnung für das Backgewerbe den Beschluß gefaßt, das Gewicht für Kleinbackwaren, zugleich aber auch den Preis zu erhöhen. Als Grund dafür wird die Schwierigkeit der Herstellung von Kleinbackwaren infolge hohen Wassergehalts des Mehles neuer Ernte angegeben. Mit den Semmeln, den sogenannten Schrippen soll in Berlin ab 17. Oktober der Anfang gemacht werden derart, daß eine 37 Gramm schwere Schrippe 3 Pf. kosten soll. Im Gegensatze dazu bleiben, wie der „Vorwärts" berichtet, die Preise der Konsumgenossenschaft Berlin unverändert. Die Konsumbäckerei liefert eine Schrippe im Gewicht von 35 Gramm für 2 Pf. — Wie in tausend anderen Fällen bewährt sich auch hier die Konsumgenossenschaft als „Preisregulator" zugunsten der Verbraucher.

Neuabschluß von Tarifverträgen.

Tapezierergewerbe.

Plauen i. V. Mit der dortigen freien Innung einerseits und unserem Verband anderseits wurde mit Gültigkeit vom 1. September 1927 ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis 31. August 1928 läuft. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden. Der § 3 regelt die Ueberstundenzuschläge. Ferien werden nach halbjähriger Beschäftigung 2, nach einjähriger 3, nach 2jähriger 4 und nach 3jähriger Beschäftigung 6 Tage gewährt. Wird das Arbeitsverhältnis gelöst, ohne daß ein Urlaubsanspruch entstanden ist, erhält der Beschäftigte trotzdem eine Abgeltung. Einstellungen erfolgen nur durch den Arbeitsnachweis. Bei Mangel an Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen, um Entlassungen zu vermeiden. Eine Schlichtungskommission zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vertrag ist vereinbart. Das Lohnabkommen läuft für sich und erhalten die Gehilfen bis zwanzig Jahre 0,70, bis 23 Jahre 0,87 und über 23 Jahre 1,— Mk. Mindeststundenlohn. Leistungszulagen werden bis zu 10 Prozent bezahlt. Stückarbeit ist zu vermeiden; wird ausnahmsweise welche gestattet, müssen 20 Prozent Mehrverdienst garantiert werden.

In **Altenburg** ist ein Tarifvertrag mit der Sattler- und Tapezierer-Zwangsinnung von uns abgeschlossen worden. Aus dem Tarifvertrag heben wir hervor: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Sonnabends ist um 14 Uhr Feierabend. Ferien werden gewährt nach einjähriger Beschäftigung 3 Tage, nach zweijähriger 4 Tage, nach dreijähriger 5 Tage und nach vierjähriger und längerer Beschäftigung 6 Tage. Der tarifliche Stundenlohn beträgt bis 30. September für Gehilfen über 23 Jahre alt 87 Pf., für selbständig arbeitende Gehilfen 92 Pf. und vom 1. Oktober ab für Gehilfen über 23 Jahre alt 89 Pf. und für selbständig arbeitende Gehilfen 94 Pf. Für Ueberstunden werden 25 Prozent Zuschlag gezahlt. Der Tarifvertrag tritt mit dem 27. August 1927 in Kraft und läuft bis zum 30. September 1928. Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. Dezember 1927.

Fahrzeugindustrie.

Brandenburg a. d. H. Ein Kollektivvertrag wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928 vereinbart. Arbeitszeit 48 Stunden. Ueberstundenzuschlag ab der 48. Stunde beträgt 25 Prozent. Ferien werden 4 bis 6 Arbeitstage gegeben. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet bei kleinen Arbeitsversäumnissen entsprechende Anwendung. Das Lohnabkommen läuft extra.

Halle a. d. S. Mit der Firma Ludwig Kathe und Sohn, Karosseriefabrik, und den vier in Betracht kommenden Verbänden wurde ein neuer Vertrag vereinbart. Die normale Arbeitszeit beträgt 48 Stunden in der Woche. Nach der 48. Stunde wird ein Ueberstundenzuschlag bezahlt. Ferien werden nach sechs Monaten 2, steigend bis zu 10 Tagen, je nach Dauer der Beschäftigung gewährt. Akkordpreise müssen so bemessen sein, daß bei durchschnittlicher Leistung 15 Prozent über den festgelegten Stundenlohn erzielt wird.

Aus den Gewerkschaften.

Auch der Fabrikarbeiterverband hat eine Bildungsschule errichtet. Dem Beispiel der Metallarbeiter, die in Dürrenberg eine Verbandsschule errichtet haben, ist nun auch der Fabrikarbeiterverband gefolgt. Er hat in Wenningsen am Deister ein schönes Heim geschaffen, in welchem die Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre systematisch gepflegt werden soll.

Wie unsere Leser sehen, wird seitens der Gewerkschaftsleitungen alles getan, um Bildung, Wissen und Können in den Dienst der Arbeiteremanzipationsbestrebungen stellen zu können. Dieser Dienst am Volke ist wichtiger als öde Phrasendrescherei und muß und wird einst reiche Ernte bringen, wenn die Zeit gekommen ist.

Aus unseren Berufskreisen.

Die erste geprüfte Sattlermeisterin. Vor der Handwerkskammer Oppeln hat eine Frau Eva Gabrisch aus Biskupitz in Schlesien als erste deutsche Frau die Prüfung als Sattlermeister abgelegt. Es scheinen dem weiblichen Geschlecht keine Schranken mehr gezogen zu sein und können wir uns nur einen schwachen Begriff davon machen, wie Frau Eva mit ein paar alten schlesischen Kummeten umgehen wird.

Die Münchener Werkstätten für Sattler- und Lederwaren G. m. b. H. feierten am 1. Oktober d. J. ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Diese Werkstätte stand in sehr enger Verbindung mit unserem Verbande und konnten früher nur organisierte Kollegen dort unterkommen. Diese Genossenschaft ist eine der wenigen Produktionsgenossenschaften, die, streng kaufmännisch geleitet, dem Sturm der Zeiten widerstehen konnte. Wir wünschen dem Unternehmen auch für die Folge eine gute Entwicklung.

Treten die Arbeiter erst gemeinsam, als Klasse mit ihren Forderungen hervor, alle nach einem und demselben Plane, so erzittert die Erde unter ihrem Schritt, so ist die letzte Stunde des Despotismus gekommen. . . . Tauschen die Arbeiter ihre Produkte ohne Vermittlung des Kapitalisten aus, stehen sie selber im wechselseitigen Verkehr, so erhalten sie ihre Produkte so billig, wie sie selbst sie geliefert; denn zwischen den einzelnen Arbeiterassoziationen herrscht nach unserem Plane eine Gegenseitigkeit, sie arbeiten in Gemeinschaft. Auf diese Weise wird aber nicht allein der Kapitalist unnötig, sondern auch unmöglich gemacht, denn er kann nur solange existieren, wie sein Gegensatz, der Lohnarbeiter, existiert. Beseitigt sich dieser, so gibt es keine Macht des Kapitals mehr und unsere Gesellschaft ist wieder in eine neue Entwicklungsperiode getreten; sie hat eine neue Produktionsweise angenommen.

Stephan Born (Die soziale Frage).

Unsere Lohnbewegungen.

Lederwarenindustrie.

Lohnbezirk: Karlsruhe-Baden. Der Tariflohn für Facharbeiter über 23 Jahre wird ab 1. Oktober 1927 von 82 Pf. auf 87 Pf. pro Stunde erhöht.

Breslau-Schlesien: Durch Schiedsspruch vom 11. Oktober 1927 wird der Tariflohn für dieselbe Facharbeitergruppe von 72 Pf. auf 78 Pf. und ab 1. Februar 1928 auf 82 Pf. pro Stunde erhöht.

Treibriemenindustrie.

Die Löhne wurden ab 1. Oktober 1927 für Sattler über 22 Jahre in **Aachen** von 81 Pf. auf 86 Pf. erhöht. Desgleichen in **Ketschendorf** von 75 Pf. auf 80 Pf. pro Stunde.

Tapezierergewerbe.

Der Lohn der ältesten Facharbeitergruppe wird ab Oktober in **Braunschweig** auf 98 Pf., in **Hannover** um 5 Pf. auf 1,03 Mk., in **Breslau** um 5 Proz. auf 90 Pf., erhöht. Die Akkordstundenlöhne wurden in **Allendorf** an der Werra ab 30. September um 5 Pf. auf 1,02 und 1,10 Mk. erhöht. In **Oberhausen** beträgt dieser ab 8. Oktober 1927 1,06 Mk.; für Näherinnen werden 66 Pf. Stundenlohn bezahlt.

Der Streik und die Aussperrung in Dresden sind mit Erfolg beendet. Der Mindestlohn wird von 1 Mk. auf 1,05 Mk., der Mindestlohn für Näherinnen von 62 Pf. auf 65 Pf. pro Stunde erhöht. Auf alle bestehenden Löhne erfolgt ein Zuschlag von 3 Pf. pro Stunde. Bei Stückarbeit muß ein Mehrverdienst von 20 Proz. auf den Mindestlohn garantiert werden.

In allen Branchen erhöht sich der Lohn für jüngere Arbeitskräfte dem Lohnschlüssel entsprechend.

Bücherschau.

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit ausführlichen Erläuterungen von Franz Spliedt und Dr. Bruno Broecker. 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6a. 264 Seiten. Preis in Leinen gebunden 6 Mk., Organisationspreis 4,50 Mk. Die Herausgabe von Gewerkschaftskommentaren entspringt der richtigen Auffassung, daß die Gewerkschaften nicht nur die Schaffung der arbeitsrechtlichen Gesetze, sondern auch deren Durchführung entscheidend beeinflussen müssen. Das kollektive Arbeitsrecht ist keine Angelegenheit weniger Fachleute, sondern die Sache von Millionen Arbeitern und Angestellten, die alle unmittelbar an der Durchsetzung des Kollektivismus beteiligt sind.

Im gleichen Verlage erschien:

Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nach dem Stand vom 16. Juli 1927. Herausgegeben von Th. Leipart und Cl. Nörpel. 3. Auflage. Berlin 1927. Die zuerst von Leipart allein bearbeitete 1. Auflage mußte infolge der gesetzlichen Neuregelung vom 14. April 1927 einer Umarbeitung unterzogen werden. Die 2. Auflage nach dem Stand vom 1. Mai 1927 ist von Leipart-Nörpel besorgt worden. Aber auch diese war durch die gesetzlichen Aenderungen bzw. Neuregelungen vom 16. Juli 1927 schnell überholt. Es liegt nunmehr die 3. Auflage nach dem Stand vom 16. Juli 1927 vor, die wiederum von Leipart-Nörpel bearbeitet ist. Die Broschüre hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Masse der Gewerkschaftsfunktionäre über die Bedeutung der gesetzlichen Arbeitszeitregelung aufzuklären und die Rechte zu erläutern, welche sich für die Arbeiter und die Angestellten aus der gesetzlichen Arbeitszeitregelung ergeben. Die Anmerkungen in der 3. Auflage sind wiederum eingehend durchgearbeitet worden. Der neueste Stand der Rechtsprechung und Literatur hat Berücksichtigung gefunden. In 11 Anhängen sind sämtliche auf die Arbeitszeit bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen enthalten. Auf diese Weise ist ein handliches Büchlein entstanden, das geeignet ist, jedem Funktionär der Gewerkschaften und jedem Betriebsrat in dem Irrgarten der geltenden gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen ein Wegweiser zu sein.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 24.—30. Oktober ist der 43. Wochenbeitrag fällig.

Versammlungskalender.

Frankfurt a. M. Montag, den 31. Oktober, abends 19½ Uhr im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal: Allgemeine Mitgliederversammlung.

Sterbetafel.

Bielefeld. Am 1. Oktober 1927 starb unser treues Mitglied, der Tapezierer Karl Neumann im Alter von 30 Jahren.

Braunschweig. Am 10. Oktober starb unsere Kollegin Auguste Wolf.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Bruno Tugel, Berlin. Verlag: P. Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.